



ORGAN: DAS HOCHRANGIGE POLITISCHE FORUM FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

THEMA: SCHUTZ DES RECHTES AUF EINE LEBENSWERTE UMWELT IN STÄDTEN UND SIEDLUNG

DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALRAT,

gestützt auf Ziel 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden), 4 (Hochwertige Bildung), 6 (Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen), 1 (Keine Armut), 13 (Massnahmen zum Klimaschutz), 3 (Gesundheit und Wohlergehen), 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele), 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur) der Agenda 2030,

in Würdigung der Resolution A/RES/71/256 (Neue Urbane Agenda) im Rahmen von Habitat III,

alarmiert, dass insbesondere die Versorgungslage in informellen Siedlungen kritisch ist,

höchst besorgt, dass die Ungleichheit und Armut durch fehlende oder mangelhafte Infrastruktur, insbesondere der Sanitär- und Trinkwasseranlagen und Ausgrenzung, verstärkt wird,

unter Hinweis auf die Biodiversitätskonferenz und die Urban-21-Konferenz,

erinnernd, dass Städte für die Klimafrage entscheidende Orte sind,

hinweisend auf das Pariser Abkommen 2015,

besorgt über die stetig zunehmenden Treibhausgasemissionen in Städten, welche das Weltklima bedrohen,

zuversichtlich, dass durch kontrollierte Stadtplanung die Lebenssituation vieler Menschen verbessert werden kann,

in Hinblick darauf, dass voraussichtlich 80 % der Menschen 2050 in Städten leben werden,

fest überzeugt von der Verringerung globaler Disparitäten,

zuversichtlich auf eine gemeinsame Zusammenarbeit zur Lösung der Probleme *schauend*,



1. *empfiehlt* die Ausarbeitung des individuellen Rechts auf eine lebenswerte Umwelt in Städten und Siedlungen, vor allem mit Blick auf die Sicherung der Versorgung der Grundbedürfnisse und den Schutz vor Naturkatastrophen, durch den Menschenrechtsrat;
2. *unterstreicht* die Forderung einer gesicherten Versorgung der Grundbedürfnisse in allen Staaten, vor allem in dem globalen Süden;
3. *verlangt* die Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser für alle Menschen, was u. a. durch die Aufbereitung von Meer- bzw. bereits genutztem Wasser erfolgen soll, Medizin bzw. Gesundheitsversorgung und sozialem Wohnungsbau mit Unterstützung durch NGOs nach staatlichen Interessen und Ermessen;
4. *befürwortet* die Bildung von Public-Private-Kooperationen nach eigenem Interesse und Ermessen der einzelnen Staaten;
5. *fordert* die geordnete Stärkung der Infrastruktur zur Prävention von Naturkatastrophen und eine Verbesserung des Abfall- und Abwassersystems, um Trinkwasser zu schützen und Epidemien vorzubeugen, was durch Schulung und Beratungen der Bevölkerung realisiert werden kann;
6. *legt nahe*, dass Staaten, welche eine entsprechende geographische und finanzielle Lage besitzen, eigenständig die Stadtbegrünung ausbauen, und dass Staaten, welche davon ausgenommen sind, je nach Problemgebiet finanzielle oder technische Unterstützung zu Erreichung dieses Ziels erhalten;
7. *fordert* präventive Maßnahmen, um der Entstehung neuer informeller Siedlungen vorzubeugen, und die Aufwertung bestehender informeller Siedlungen durch die Förderung der Bildung und daraus folgender Armutsverringering;
8. *fordert* den massiven Ausbau des Nahverkehrs durch öffentliche Verkehrsmittel, um die Schadstoffbelastung der Luft in Städten v. a. durch Pendlerverkehr zu verringern und die informellen Siedlungen an den Nahverkehr anzuschließen;
9. *fordert* eine Verringerung der Treibhausgasemissionen, beispielsweise durch eine Umstellung der Energieversorgung auf Solar-, Wind- und Wasserkraftstrom sowie



- eine langfristige Abkehr von der Kohlekraft, wozu positive Anreize wie Subventionen durch die Vereinten Nationen geschaffen werden sollen;
10. *fordert* die Entwicklung eines Best-Practice-Katalogs, um lokale Behörden mit Know-How zu versorgen in der zukunftsorientierten Stadtplanung, wobei ein besonderer Fokus auf die gemeinsame, internationale Forschung und die Errichtung von Instituten in Ländern, die diese nicht haben, gelegt werden soll und es essentiell ist, einen umweltfreundlichen, wirtschaftlich möglichen und menschenwürdigen Katalog zu entwickeln;
 11. *fördert* die Entstehung sogenannter „Waste to Energy“-Anlagen, insbesondere die Verbrennung von Plastikmüll und anorganischen Stoffen bis 2029, unter Berücksichtigung modernster Filtertechniken und Speichermethoden, um den CO₂-Ausstoßen zu verringern, sodass die akute Belastung durch Müll verringert wird und diese zusätzlich dem hohen Strombedarf der Städte gerecht werden können und *fordert gleichzeitig* den Umstieg auf hochmodernes Recycling, um dem Müllproblem und der zunehmenden Rohstoffknappheit nachhaltig entgegenzutreten;
 12. *unterstützt* die Forschung sowie den Umstieg auf erneuerbare Energien, insbesondere Wind- und Solarenergie, Wasser- und Gezeitenkraftwerke, um den CO₂-Ausstoß zu verringern und der Luftverschmutzung in Städten durch fossile Energiegewinnungsmethoden entgegenzuwirken;
 13. *wünscht sich* weitere bilaterale und multilaterale Abkommen unter den Staaten, um die weltwirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten;
 14. *nimmt Beratung* des UN-Habitats *an* und fordert eine Sitzung desselben alle zwei Jahre unter Einbezug von Staaten, Wirtschaft und Zivilgesellschaft;
 15. *schlägt* eine jährliche Befragung der jeweiligen Einwohner *vor*, um für alle Betroffenen eine lebenswerte Umwelt zu schaffen und für Mitbestimmung zu sorgen;
 16. *bittet* NGOs um ihre Unterstützung bei der Umsetzung der obigen Ziele, vor allem in finanziell schwachen Regionen;
 17. *beschließt* aktiv mit dem Thema befasst zu bleiben.